



So geht solidarisch

Linke Antworten auf die Corona-Krise

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Inhalt

Vorwort	5
Inneres, Recht und Sicherheit	7
Gesundheit, Soziales und Sport	10
Arbeit, Wirtschaft und Finanzen	13
Umwelt, Landwirtschaft, Energie und Infrastruktur	17
Wohnen	19
Kultur und Tourismus	21
Bildung und Kita	23
Asyl und Migration	26
Ausblick: Es geht nur solidarisch!	28

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
V.i.S.d.P.: Kevin Reißig

Stand: Juli 2020

Titelbilder: sanjeri/iStockphoto.com; Gargonia/iStockphoto.com; Tempura/iStockphoto.com

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion-sachsen.de**

Vorwort

Liebe Leser*innen,

und plötzlich stand alles still. Kontaktverbote, Ausgangsbeschränkungen, Maskenpflicht sowie die Schließung von Kitas und Schulen bestimmten monatelang unseren Alltag. Das Coronavirus hat unsere Gesellschaft vor eine dramatische Belastungsprobe gestellt. Den Unmut über die verhängten Maßnahmen kann ich nachvollziehen. Viele Einschränkungen trafen vor allem diejenigen Menschen, die ohnehin schon einen herausfordernden Alltag haben: Alleinerziehende, Menschen mit geringem Einkommen, Soloselbstständige, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, kinderreiche Familien. Dennoch waren die Maßnahmen notwendig, denn Leben und Gesundheit sind hohe Rechtsgüter und das neuartige Coronavirus ist eben keine normale Grippe.



Die Coronakrise traf im März 2020 auf unser durch Privatisierung und Profitorientierung gebeuteltes Gesundheitssystem. Erst im Jahr 2019 hatte die Bundesregierung die Ausgaben für das Gesundheitswesen weiter auf 15,3 Milliarden Euro gekürzt. Gleichzeitig stiegen die Ausgaben für Rüstung und Militär auf 42,9 Milliarden Euro. Seit 1991 wurden allein in Sachsen rund 17.000 Krankenhausbetten abgebaut. Die Corona-Pandemie hat vor allem in ihrer Anfangszeit schmerzlich gezeigt, dass uns im Notfall kaum Reserven zur Verfügung stehen. Daraus müssen wir lernen, und das ist zunächst vor allem die Aufgabe der Staatsregierung.

Während die Bundesregierung Dax-Konzerne steuerlich entlastet, gibt es kaum zusätzliche Unterstützung für die extrem beanspruchten Beschäftigten in unverzichtbaren Versorgungsberufen, auch nicht für Soloselbstständige, Kulturschaffende, Studierende, Hartz-IV-Betroffene oder Kurzarbeitende. Der Corona-Lockdown hat die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft weiter verschärft. Die Krise muss uns Anlass sein, vieles besser zu machen als vorher!

Der Schutz der Gesundheit aller Menschen ist enorm wichtig. Ja, es kann deshalb in Ausnahmesituationen auch notwendig sein, Grundrechte einzuschränken. Dies muss aber immer verhältnismäßig und von begrenzter Dauer sein. Im Wissen darum haben wir uns als Linksfraktion dazu entschlossen, den Kurs der Regierung zwar grundsätzlich mitzutragen, ihn aber gleichzeitig kritisch zu begleiten und eng zu kontrollieren. Es gilt, die Beschränkungen Stück für Stück und am Ende vollständig zurückzunehmen, sobald und soweit es das Infektionsgeschehen zulässt. Wir alle sollten Lehren aus dieser Krise ziehen, damit unsere Gesellschaft auf zukünftige Ereignisse dieser Art vorbereitet ist.

Viele Menschen haben uns in den letzten Monaten kontaktiert und nach unserer Haltung zu den Corona-bedingten Einschränkungen gefragt. Da niemand über Erfahrungen bei der Bewältigung einer Pandemie verfügt, waren wir alle auf den Rat von Fachleuten angewiesen. Die Gesundheit aller ist ein hohes Gut und muss deshalb bestmöglich geschützt werden. Wir sagen: lieber auf Nummer sicher gehen als im Nachhinein bereuen, dass man nicht entschiedener reagiert hat. Zwischenzeitlich niedrigere Infektionszahlen zeigen, dass die Maßnahmen gewirkt haben – und keineswegs, dass die Maßnahmen unnötig gewesen wären oder unnötig sind. Bis es einen Impfstoff gibt, bleiben die allermeisten Menschen für das Virus anfällig und schwere Verläufe kommen in allen Altersgruppen vor. Wir müssen unbedingt verhindern, dass unser Gesundheitssystem überlastet wird und Menschen nicht mehr geholfen werden kann. Die wäre die zwingende Folge, wenn zu viele Menschen gleichzeitig erkranken.

Krisenzeiten sind Regierungszeiten, da dringt die Opposition mit ihren Forderungen und Vorschlägen erfahrungsgemäß nur schwer durch. Umso wichtiger ist es für uns, der Staatsregierung genau auf die Finger zu schauen und uns für alle Menschen einzusetzen, die besonders unter der Krise und deren Bewältigung leiden. Das haben wir getan, indem wir regelmäßig die Regierung befragten, Anträge stellten und Gesetzesentwürfe eingebracht haben. Auch in der Krise müssen eine funktionierende Gesundheitsversorgung, Sozialleistungen, Grundrechte und verfassungsmäßige Prinzipien wie die Gewaltenteilung garantiert werden. Wir kümmern uns auch weiter darum, dass niemand zurückbleibt. Gerade jetzt ist Solidarität wichtiger denn je. **#sogehsolidarisch**

In dieser Broschüre möchten wir Ihnen einen Überblick darüber geben, welche politischen Aktivitäten wir im Zeitraum vom **11. März bis zum 18. Juli 2020** als Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag unternommen haben. Unsere parlamentarischen Initiativen beinhalten Entschließungsanträge, eigene Anträge und Gesetzesinitiativen, Änderungsanträge zu den Vorhaben der Staatsregierung sowie Kleine Anfragen zur Kontrolle der Regierungsarbeit. Alle Aktivitäten sind mit Drucksachenummern (Drs) aufgeführt und unter  <http://edas.landtag.sachsen.de> abrufbar. Außerdem steht diese Broschüre unter  www.linksfraktion-sachsen.de zur Verfügung. Bei Rückfragen wenden Sie sich gern an uns.


Bleiben Sie gesund!

Rico Gebhardt, *MdL*
Fraktionsvorsitzender





© Animagora / iStockphoto.com


Inneres, Recht und Sicherheit

Es gibt keine vergleichbare Situation in der jüngeren Geschichte und es war besonders zum Beginn der Pandemie schnelles Handeln gefragt. Gerade in solchen außergewöhnlichen Krisensituationen ist es dennoch wichtig, grundlegende Verfassungsprinzipien des Freistaates Sachsen zu achten, was wir von der Staatsregierung schon frühzeitig mit unserem Antrag  »**Auch in Krisenzeiten gilt: Gewaltenteilung achten – Verfassungsprinzip des Vorbehaltes des Gesetzes bei allen Maßnahmen der Staatsregierung zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie in Sachsen wahren!**« (*Drs 7/2105*) eingefordert haben. Auch in Krisenzeiten hat die Regierung keinen Freibrief für ihr Handeln, sondern muss parlamentarisch kontrolliert werden. Es ist daher problematisch, dass der Landtag niemals in die Erstellung der Allgemeinverfügungen bzw. Corona-Schutzverordnungen einbezogen worden ist.

Die Maßnahmen zur Verlangsamung der Pandemie waren mit massiven Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte, unter anderem des Datenschutzes, verbunden. Die Sächsische Corona-Schutz-Verordnungen sowie die Allgemeinverfügungen des Freistaates Sachsen regeln

die Umsetzung auf Landesebene, stützen sich aber überwiegend auf das Infektionsschutzgesetz des Bundes. Die Maßnahmen stießen bislang auf eine überwiegend breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir forderten in unserem Antrag  **»Staatliches Handeln bei der Bewältigung der Corona-Krise systematisch, verständlich und transparent gestalten«** ([Drs 7/2686](#)) weitere Vorkehrungen, um negative gesellschaftliche, soziale und individuelle Auswirkungen von geplanten Maßnahmen zu begrenzen sowie deren Akzeptanz durch die Betroffenen zu fördern.

Nun wird es zunehmend wichtig, aus den Geschehnissen zu lernen und für eine zweite Welle bzw. die nächste Pandemie vorbereitet zu sein. Dazu muss künftig zwingend das Parlament einbezogen werden. Bis heute erfahren die Mitglieder des Landtages regelmäßig erst nach deren öffentlicher Bekanntmachung von geänderten Maßnahmen. Sie können darüber nicht beraten und auch keine Stellung nehmen. Wir wollen gesetzlich regeln, dass die zuständigen Fachausschüsse des Landtages beteiligt werden, bevor die Regierung derartige Maßnahmen verordnet. Das fordern wir in unserem Entwurf zum  **»Gesetz zur Beteiligung des Landtages bei Maßnahmen der Staatsregierung nach dem Infektionsschutzgesetz im Freistaat Sachsen«** ([Drs 7/2259](#)).

Die Grundrechtseinschränkungen dürfen nicht genutzt werden, um dauerhaft Datenerfassungs- und Überwachungsmaßnahmen zu legitimieren. Es darf kein Gewöhnungseffekt eintreten. Die Einschränkungen demokratischer Mechanismen müssen restlos zurückgedreht werden, sobald das Infektionsgeschehen dies zulässt. Wir fordern deshalb Transparenz darüber, welche personenbezogenen Daten zu welchem Zweck erfasst und wie diese weiterverarbeitet wurden. Nötig ist ein Informations- und Meldesystem für Bürgerinnen und Bürger, damit diese sich umfassend informieren können. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte muss an den Entscheidungen über geplante Maßnahmen zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten unmittelbar beteiligt werden. Dazu bedarf es einer besseren Ausstattung dieser Behörde, die alle einschränkenden Maßnahmen kontrolliert. Dies fordern wir in unserem umfangreichen Antrag:  **»Datenschutz während der Corona-Pandemie gewährleisten und nach der Epidemie im Freistaat Sachsen stärken und ausbauen«** ([Drs 7/2154](#))


Weitere parlamentarische Initiativen in den Bereichen Inneres, Recht und Sicherheit:

- *Entschließungsantrag zur Fachregierungserklärung:*
»Coronavirus SARS CoV-2 gemeinsam bekämpfen – besonnenes Handeln statt Hysterie« ([Drs 7/2054](#))
- *Antrag* »Lippenbekenntnisse reichen nicht - Corona-Warn-App der Bundesregierung braucht eine gesetzliche Grundlage!« ([Drs 7/2842](#))
- *Antrag* »Staatliches Handeln bei der Bewältigung der Corona-Krise systematisch, verständlich und transparent gestalten: Negative Auswirkungen begrenzen, Akzeptanz fördern!« ([Drs 7/2686](#))
- *Kleine Anfrage* »Mögliche Speicherung der Daten von SARS-CoV-2-Infizierten bei der sächsischen Polizei« ([Drs 7/2257](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2435](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich der Sächsischen Staatskanzlei in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2447](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2448](#))
- *Kleine Anfrage* »Staatsregierung gegenüber dem Landtag in der Pflicht: Unzulässige einseitige Informationspraxis nur an Koalitionsfraktionen beenden!« ([Drs 7/2469](#))
- *Kleine Anfrage* »Mögliche Speicherung der Daten von SARS-CoV-2-Infizierten bei der sächsischen Polizei; Nachfrage zu Drs 7/2257« ([Drs 7/2839](#))



© samjerr / iStockphoto.com

Gesundheit, Soziales und Sport

Die Corona-Pandemie trifft auf ein Gesundheitssystem, das chronisch unterfinanziert ist. In sächsischen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fehlen zehntausende Pflegekräfte. Jetzt rächt es sich, dass jahrelang auf Privatisierung und Profit gesetzt wurde. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) forderte noch im Jahr 2019, die Hälfte aller Krankenhäuser zu schließen. Wir müssen jetzt alles tun, um das Gesundheitssystem dauerhaft krisenfest zu machen. Wir fordern Tarifverträge für das Pflegepersonal sowie die Auszahlung der sogenannten Corona-Prämie für alle Fachkräfte im Gesundheitswesen:  **»Prämie für Pflegekräfte nach §150a Abs. 9 in Sachsen«** ([Drs 7/2982](#)) Außerdem soll sich die Staatsregierung beim Bund dafür einsetzen, dass es eine Kranken- und Pflegevollversicherung gibt, in die alle einzahlen.

Medizintechnik, Arbeitsschutz sowie Arzneimittelproduktion und -Forschung müssen öffentlich gesteuert und regional organisiert werden. Es braucht genügend Atemschutzmasken, Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel für Ärzt*innen und Pflegekräfte. Wir müssen sofort in die Krankenhäuser investieren und den Investitionsstau beheben. Der Öffentliche Gesundheitsdienst als präventive Säule sowie der Katastro-

phenschutz müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger auf alle relevanten Informationen, die bislang über das Coronavirus gesammelt wurden, zugreifen können. Die politischen Entscheiderinnen und Entscheider müssen qualifizierte Schlüsse über Infektionswege und -ketten ziehen können: ☞ **»Systematisches Wissen über SARS-CoV-2-Infektionen«** ([Drs 7/2260](#)).

Die Beschäftigten im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) haben während der Corona-Pandemie Großartiges geleistet. Wir unterstützen den Vorschlag, die ärztlichen Beschäftigten im ÖGD endlich genauso zu entlohnen wie Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern. Außerdem muss der Öffentliche Gesundheitsdienst besser ausgestattet werden. Die Gesundheitsämter verdienen mehr Ressourcen und Wertschätzung. Die beste Gesundheitspolitik besteht darin, mehr Prävention zu ermöglichen. Deshalb haben wir auch den Antrag ☞ **»Lehren aus der Corona-Krise ziehen: Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) auf allen Ebenen zu einer modernen und leistungsfähigen Säule gesundheitlicher Versorgung entwickeln und ausbauen!«** ([Drs 7/2806](#)) im Landtag eingebracht.

Die Idee, Schutzschirme für besonders betroffene Bereiche des sozialen Lebens aufzuspannen, haben wir unter anderem für die Kinder- und Jugendhilfe sowie für gemeinnützige Vereine und Verbände aufgenommen: ☞ **»Coronavirus-Schutzschirm auch für Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe: 10-Punkte-Maßnahme-Katalog umsetzen!«** ([Drs 7/2144](#))

Wir fordern schon seit der Einführung von Hartz IV, dieses unwürdige Gesetzeswerk abzuschaffen und es durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen. Während der Corona-Pandemie hat sich noch deutlicher gezeigt, dass der Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz unbürokratisch und schnell geregelt werden muss. Das forderten wir in unserem Antrag: ☞ **»Sanktionsfreie Grundsicherung für alle einführen – Hartz IV endlich abschaffen: Bedarfsdeckende Regelsätze und unbürokratische Regelsatzerhöhungen in besonderen Ausnahmesituationen unverzüglich festlegen«** ([Drs 7/2162](#))

Weitere parlamentarische Initiativen im Bereich Gesundheit, Soziales und Sport:

- *Antrag* »Gemeinnützige Vereine, Verbände und Initiativen schnell und unbürokratisch unterstützen – Eigenanteile erlassen!« ([Drs 7/2672](#))
- *Kleine Anfrage* »COVID-19 – Akute Gefährdung von Leib und Leben im sächsischen Justizvollzug?« ([Drs 7/2084](#))
- *Kleine Anfrage* »Infektionsschutz in Sammelunterkünften und JVA« ([Drs 7/2134](#))
- *Kleine Anfrage* »Corona Fall-Management in der JVA Waldheim« ([Drs 7/2142](#))
- *Kleine Anfrage* »Ministerpräsident Kretschmer auf Dresdner Corona-Demo« ([Drs 7/2429](#))
- *Kleine Anfrage* »Covid19-Testkapazitäten im Freistaat Sachsen« ([Drs 7/2473](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2703](#))
- *Kleine Anfrage* »Auslastung der Intensivbetten und Intensivbehandlungsplätze in Krankenhäuser durch Lungenentzündungen, Influenza und Corona in den Jahren 2017 bis 2020« ([Drs 7/2708](#))
- *Kleine Anfrage* »In welchem Umfang wurden seit Ausbruch der Corona – Pandemie in Sachsen finanzielle Hilfen für Sportvereine beantragt und bewilligt?« ([Drs 7/2959](#))
- *Kleine Anfrage* »Umgang mit sächsischen Vereinen, welche nicht den Vorgaben zur Förderung (Soforthilfen und Darlehen aufgrund von Covid-19) durch die Staatsregierung entsprechen« ([Drs 7/2960](#))



Arbeit, Wirtschaft und Finanzen

Die Folgen des Lockdowns trafen vor allem Menschen, die ohnehin schon in schwierigen finanziellen Verhältnissen leben. Viele erlitten drastische Einkommensverluste, deren Folgen bis heute ihre Existenz bedrohen. In zahlreichen Branchen gab es tiefe Umsatzeinbrüche, hatten und haben Unternehmen keine Aufträge mehr, es droht eine massive Wirtschaftskrise. Viele Beschäftigte in wichtigen Berufen, also etwa in der Pflege, in Supermärkten und in Fuhrunternehmen arbeiten noch immer bis über die Belastungsgrenze und riskieren ihre Gesundheit. Bezahlt werden sie dennoch so schlecht wie eh und je. Dabei sind es vor allem Frauen, die in diesen wichtigen Positionen arbeiten. Wir müssen dafür sorgen, dass die Leistungen dieser Berufsgruppen nicht schnell wieder in Vergessenheit geraten, und streiten für dauerhafte Verbesserungen.

Applaus vom Balkon oder ein Lob von der Kanzlerin sind schön und gut. Die Anerkennung der Bedeutung und der Risiken dieser Berufe muss sich aber endlich auch in der Bezahlung ausdrücken. Während die Besitzer der großen Supermarktketten Rekordgewinne einstreichen, machen die Kassierer*innen an der Kasse Überstunden, sind einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt und bekommen keinen Cent zusätzlich.

Zugleich hat Kurzarbeit in nie gekanntem Ausmaß tausende Menschen, die im Niedriglohnsektor schufteten, noch weiter in die Krise gestürzt – denn sechzig oder siebzig Prozent vom kargen Lohn reichen erst recht nicht zum Leben. Wir fordern die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent und einen Sofort-Aufschlag auf die Grundsicherung von 200 Euro. ☞ **»Außergewöhnliche Notsituation durch die COVID-19-Pandemie in Sachsen: Umfassendes Rettungs- und Hilfspaket jetzt auflegen und finanzieren!«** ([Drs 7/2085](#))

Die sächsische Wirtschaft besteht zu einem Großteil aus klein- und mittelständischen Unternehmen. Während der Corona-Krise haben die Kultur- und Veranstaltungsbranche, aber auch der Messebau, Beherbergungs- und Tourismusunternehmen, das Gastgewerbe sowie Unternehmen, die auf Zulieferungen aus China, Italien oder Spanien angewiesen sind, mit erheblichen Umsatzeinbußen zu kämpfen. Wir haben bereits am 11. März 2020, als sich erste Wirkungen der Pandemie abzeichneten, unbürokratische Hilfen für betroffene Beschäftigte und Unternehmen gefordert: ☞ **»Wirtschaftliche Folgen der Coronavirus-Epidemie rechtzeitig und wirksam abfedern – Unbürokratische Hilfe für Unternehmen, Beschäftigung sichern.«** ([Drs 7/2012](#))

Gerade in der Krise erweist sich das Dogma der ‚Schwarzen Null‘ als untauglich, das muss sogar die CDU einsehen. Wenn der Wille besteht, können schnell große Summen mobilisiert werden. Wir begrüßen es, dass die Staatsregierung einen Nachtragshaushalt vorgelegt hat. Aber wir haben dazu auch Kritik. Zum einen fordern wir mehr Transparenz, zum anderen muss die Verfassungsbestimmung weg, wonach die Kredite binnen acht Jahren zu tilgen sind. Es wird unmöglich sein, die Tilgung eines Kredites von bis zu sechs Milliarden Euro nach zwei Jahren zu beginnen und dann in sechs Jahren zu beenden. Sonst erleben wir ab 2023 massive Kürzungen in fast allen Bereichen, erfahrungsgemäß aber vor allem bei Sozialem, Kultur und Bildung.

Außerdem forderten wir, dass auch Unternehmen mit zehn bis 249 Beschäftigten Liquiditätshilfen zur Verfügung gestellt werden. Diejenigen, die unter Gefährdung ihrer Gesundheit die Grundversorgung sicherstellen, insbesondere die Beschäftigten in der Pflege oder im Einzelhandel, sollen endlich allgemeinverbindliche Tarifverträge bekommen. Öffentliche Unternehmen des Pflege- und Gesundheitswesens, des Verkehrs und der Ver- oder Entsorgung sollten nur auf der Grundlage eines

zustimmenden Volksentscheides privatisiert werden dürfen. Bereits privatisierte Unternehmen und Einrichtungen in diesen Daseinsvorsorgebereichen müssen wieder verstaatlicht beziehungsweise rekommunalisiert werden. ☒ **Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zu** ([Drs 7/2098](#))

Auch unsere Kommunen müssen während einer Krisensituation handlungsfähig bleiben, um ihre Aufgaben im sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich erfüllen zu können. Das fiel schon vor der Krise vielen Städten und Gemeinden schwer, weil die CDU-geführten Staatsregierungen den Landeshaushalt stets auf Kosten der Städte, Gemeinden und Landkreise saniert haben. Es ist notwendig, dass der Freistaat die Finanzkraft seiner Kommunen mindestens auf dem Niveau von 2019 hält und alle nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Dies haben wir in unserem Antrag zum Rettungsschirm verankert: ☒ **»Corona-Rettungsschirm für sächsische Kommunen aufspannen«** ([Drs 7/2269](#))

Sachsen sollte ferner eine Landesgesellschaft gründen, um innovative und wichtige Unternehmen ganz oder teilweise verstaatlichen zu können, bevor renditehungrige Investoren zum Zuge kommen. Kleine und mittelständische Unternehmen, denen wegen der Pandemie die Pleite droht, sollten angemessene Zuschüsse erhalten. Zudem muss das Vergaberecht modernisiert werden, damit öffentliche Aufträge nur noch an Betriebe gehen, die ordentliche Löhne zahlen und die Umwelt nicht schädigen. Wir schlagen außerdem vor, dass der Freistaat Gutscheine an alle Einwohnerinnen und Einwohner ausreicht, die mit halbjähriger Laufzeit für Leistungen der sächsischen Kultur-, Gastronomie und Tourismusbranche sowie für Leistungen sächsischer Handwerksbetriebe eingesetzt werden können. Gefördert werden sollten auch Investitionen, welche die Schlüsselindustrien Metall, Chemie und Fahrzeugbau weniger klimaschädlich und die Stromerzeugung und -verteilung grüner und leistungsfähiger machen. Dabei geht es auch um Speichertechnologien und Lade-Infrastruktur für die alternativen Antriebe E-Mobilität und Wasserstoff. Zudem muss mehr Geld in die Verkehrswende fließen, um Bus und Bahn besser an Unternehmen sowie den Radverkehr anzubinden und Barrieren abzubauen. Steuergeld darf bei alledem nur an Unternehmen fließen, die eine tarifliche Entlohnung und tarifgerechte Arbeitsbedingungen gewährleisten. ☒ **Entschließungsantrag zur Fachregierungserklärung zum Thema: »Existenzen retten, Verluste mindern, kraftvoll aus der Krise: Ein solidarischer Schutzschirm für Arbeit und Wohlstand«** ([Drs 7/2213](#))

All diejenigen, die in der Pandemie intensiven Kontakt mit Menschen pflegen mussten, sollen einen von der Allgemeinheit bezahlten Extra-Urlaub von mindestens zehn Arbeitstagen bekommen. Das wäre sogar ein Beitrag für die einheimische Tourismusbranche, wenn der Urlaub in Deutschland stattfindet.

Weitere parlamentarische Initiativen im Bereich Arbeit, Wirtschaft und Finanzen:

- *Antrag* »Finanzmittel für die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie schnell und rechtssicher bereitstellen: Nachtragshaushalt für Mehrausgaben im Jahre 2020 vorlegen, Ein-Jahres-Haushalt für 2021 aufstellen, Schuldenbremse lockern und Verfassungsgebot des sozialen Ausgleichs sichern!« ([Drs 7/2086](#))
- *Antrag* »Sozialen Ausgleich mit Ein-Jahres-Haushalt 2021 sichern: Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft übernehmen – Folgen und Wirkungen der Coronavirus-Pandemie sozial gerecht bewältigen!« ([Drs 7/2407](#))
- *Antrag* »Investitions- und Konjunkturprogramm jetzt – Folgen der Coronavirus-Pandemie für Beschäftigung und Wirtschaft rechtzeitig abwenden!« ([Drs 7/2843](#))
- *Kleine Anfrage* »Maßgaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu Infektionsschutzmaßnahmen des Arbeitsschutzes in Sammelunterkünften« ([Drs 7/2182](#))
- *Kleine Anfrage* »Haushaltssperren/Kreditaufnahme/Haushaltskonsolidierungskonzept in Sächsischen Kommunen« ([Drs 7/2369](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2434](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2610](#))



Alois Köppl, Gletsch / commons.wikimedia.org /
CC BY-SA (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0)

Umwelt, Landwirtschaft, Energie und Infrastruktur

Weltweit haben Klima und Umwelt von der Coronakrise profitiert. Luft und Wasser waren vielerorts sauberer, die Erde konnte durchatmen, wenn auch nur kurz. Der Verzicht auf unnötige Flugreisen, der Ausstieg aus der Kohle, die Förderung der regionalen Wirtschaft und der Einsatz alternativer Energieträger waren auch vor dem Lockdown Bestandteil der gesellschaftlichen Debatte.

Die Coronakrise als globale Krise hat gezeigt, wie wichtig regionale Wirtschaftskreisläufe sind. Nun bieten sie sich erst recht als nachhaltige Bewältigungsstrategien an. Coronakrise und Klimakrise müssen als Einheit gedacht werden, weshalb alle Konjunkturpakete klimagerecht gestaltet sein sollten.

Wir wollen die Nahversorgung sichern sowie regionale Erzeugerinnen und Erzeuger stärken. Die Landesregierung soll besser über Fördermöglichkeiten informieren und zudem einen Leitfaden für die Gründung, die Einrichtung und den Betrieb von Dorfläden erstellen. Eine ‚Stabsstelle

Nahversorgung in den Dörfern‘ soll unterstützen, etwa bei der Beantragung und Vergabe von Fördermitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) bzw. der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK). Zudem sollen Gründerinnen und Gründer bei der Standortwahl und der Nutzungsüberlassung geeigneter Immobilien Hilfe vom Freistaat und den Kommunen bekommen. ☞ **»Dorfläden, Konsum und Co. eine Zukunft geben: Landesinitiative »Dorfläden in Sachsen starten«** ([Drs 7/893](#))

Unsere parlamentarischen Initiativen zum Thema Umwelt, Landwirtschaft, Energie und Verkehr im Überblick:

- *Entschließungsantrag zur Fachregierungserklärung:* »Coronakrise und Klimakrise meistern – Mit einem Green New Deal Energiewende, Klima- und Artenschutz voranbringen und zu mehr regionaler Wertschöpfung kommen« ([Drs 7/2689](#))
- *Kleine Anfrage* »Absatzsituation und -perspektiven für Landwirte und landwirtschaftliche Betriebe in/nach der Corona-Krise« ([Drs 7/2175](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2609](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2522](#))



© illudesign - Fotolia.com

Wohnen

Wegen der coronabedingten Einkommensverluste haben bundesweit 1,6 Millionen Haushalte Schwierigkeiten, ihre Miete zu zahlen. Auch in Sachsen sind Mietausfälle in Millionenhöhe zu verzeichnen. Die einzige Maßnahme des Bundesgesetzgebers zum Schutz der Mieterinnen und Mieter bestand in einem Ausschluss von Kündigungen durch pandemiebedingt angehäuften Mietrückständen bis zum 30. Juni 2020. Allerdings müssen die aufgelaufenen Mietrückstände zurückgezahlt werden, oft mit Zinsen. Das Schutzprogramm des Bundes könnte sich also schon bald als Verschuldungsprogramm entpuppen.

Wir fordern einen echten Schutzschirm für Mieterinnen und Mieter:

📄 **»Corona-Schutzschirm für Mieter*innen: »Sicher-Wohnen-Fonds jetzt«** (*Drs 7/2404*) Der Mietaufschub muss auch über den 30. Juni 2020 fortgelten und zinslos erfolgen. Wer heftige Einkommensausfälle zu verzeichnen hat, soll nur die halbe Miete zahlen müssen. Ein Sicher-Wohnen-Fonds soll die Mietausfälle kompensieren, wenn öffentliche Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Kleinvermieterinnen und -vermieter oder gemeinnützige Wohnungsanbieter davon betroffen sind. Mieterhöhungen und die Sperrung von Strom-, Gas-, Trinkwasser-, Tele-

fon- und Internetanschlüssen wollen wir mindestens für die Zeit der Pandemie verbieten.

Niemand darf in der Krise zurückgelassen werden. Wir müssen jene Menschen absichern, die von Verdienstaufschlägen betroffen sind: Beschäftigte und Erwerbslose, Menschen die von Armutsrenten leben müssen, sowie Solo-Selbstständige und Kleingewerbe. Wie sollen »zu Hause bleiben«, Ausgangsbeschränkungen und Abstandsgebote umgesetzt werden, wenn man keine eigene Wohnung hat? Deshalb benötigen jetzt wohnungslose Menschen oder Geflüchtete in Sammelunterkünften besonderen Schutz.

Unsere parlamentarischen Initiativen zum Thema Wohnen im Überblick:

- *Antrag* »Bundesweites Moratorium zum Schutz der Mieter*innen und selbstnutzenden Wohnungseigentümer*innen vor den Folgen der Coronavirus-Pandemie« ([Drs 7/2417](#))
- *Kleine Anfrage* »Mieter*innenschutz in Zeiten der COVID-19-Pandemie« ([Drs 7/2183](#))
- *Kleine Anfrage* »Wohngeld, Kosten der Unterkunft, Soforthilfen und Aussetzung von Kündigungen: Staatliche Unterstützung bei Mietzahlungsproblemen infolge der COVID-19-Pandemie« ([Drs 7/2184](#))
- *Kleine Anfrage* »Wohngeld in Sachsen während Covid19« ([Drs 7/2476](#))



Kultur und Tourismus

Nachdem die Bundesregierung den großen Airlines und Tourismuskonzernen schnell und großzügig geholfen hat, müssen auch bei den kleinen und mittelgroßen Unternehmen schnell und unbürokratisch Hilfen ankommen. Konkret fordern wir einen steuerfinanzierten Unterstützungsfonds. Generell müssen staatliche Leistungen an die Einhaltung sozialer Standards gebunden werden. Ein Abbau des Verbraucherschutzes kommt indes nicht infrage – eine verpflichtende Gutscheinelösung für Reise-Stornierungen lehnen wir ab. Familien sollten vielmehr einen 500-Euro-Reisegutschein für Kinder- und Jugendreisen oder Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen im Inland erhalten. Besondere Unterstützung soll gemeinnützigen Einrichtungen wie Jugendherbergen zukommen. Diese Strukturen dürfen nicht der Krise zum Opfer fallen.

Viele Menschen wissen bis heute nicht, wann sie ihre künstlerische, gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit wieder aufnehmen können. Betroffen sind Künstlerinnen und Künstler, Kulturschaffende, Inhaberinnen und Inhaber von Reisebüros, Gastronominnen und Gastronomen, Schaustellerinnen und Schausteller und viele weitere Selbstständige. Um diese Menschen bei der Deckung ihrer Lebenshaltungskosten zu

unterstützen, haben wir einen Antrag auf ein für dem Zeitraum der Pandemie befristetes Grundeinkommen in Höhe von 1.180 Euro monatlich gestellt. 📄 **»Künstler*innen und Kulturschaffende vor Armut in der Krise schützen: Grundeinkommen für Soloselbstständige und Kleinunternehmer*innen!«** ([Drs 7/2685](#))

Weitere parlamentarischen Initiativen zum Kultur und Tourismus im Überblick:

- *Antrag* »Soziale Absicherung der Künstler*innen in Sachsen in Zeiten der Coronavirus-Pandemie gewährleisten« ([Drs 7/2094](#))
- *Kleine Anfrage* »Kultur und Corona-Virus im Freistaat Sachsen« ([Drs 7/2016](#))
- *Kleine Anfrage* »Einnahmeverluste der aus Mitteln des Sächsischen Kulturraumgesetzes (mit)finanzierten Kultureinrichtungen infolge der Coronavirus-Pandemie« ([Drs 7/2455](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2503](#))
- *Kleine Anfrage* »Richtlinie Corona-Härtefälle Kultur« ([Drs 7/3075](#))



Bildung und Kita

Als im März 2020 alle Kitas und Schulen in Sachsen geschlossen werden mussten, waren die Kinder und Familien von heute auf morgen auf sich allein gestellt. An die Stelle des Präsenzunterrichts in den Schulen trat die sogenannte Heimbeschulung. Lehrkräfte mussten Möglichkeiten finden, um mit ihren Schülerinnen und Schülern in Kontakt zu bleiben und in irgendeiner Form Fernunterricht umzusetzen. Es wurde deutlich, dass wir hinsichtlich der Digitalisierung in einem Entwicklungsland leben und nur wenige Schülerinnen und Schüler über die entsprechende Ausstattung verfügen, um den Heimunterricht absolvieren zu können. Die Ungerechtigkeiten des sächsischen Bildungssystems traten offen zutage. Es zeigte sich wieder einmal, dass der Geldbeutel der Eltern über die Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder entscheidet. Familien, die kein Geld haben, um ihren Kindern die erforderliche technische Ausstattung zu kaufen, oder denen der Platz für einen Schreibtisch fehlt, weil sie in einer kleinen Wohnung leben, waren über die Wochen des Lockdowns besonders benachteiligt.

Hier muss es jetzt Veränderungen geben, um unsere Schulen und Universitäten fit für die Zukunft zu machen und allen den Zugang zu

Bildung zu garantieren. Um dies zu gewährleisten und auf eventuelle weitere Wellen der Coronavirus-Pandemie vorbereitet zu sein, muss die Staatsregierung nachsitzen. Spätestens zum Beginn des neuen Schuljahres 2020/2021 sollte ein Endgerätekonzept vorliegen. Jede Schülerin, jeder Schüler sowie alle Lehrkräfte sollten ein eigenes Endgerät nutzen können. Mit freier Software (Open Educational Resources) und entsprechend geschulten Lehrkräften könnte die Erziehung zur digitalen Mündigkeit umgesetzt werden. Dafür braucht es leistungsfähige Breitbandanschlüsse und mehr Geld für Infrastruktur, Software, Plattformen und Personal. 📄 **»Sofortprogramm digitale Lernmittel«** ([Drs 7/2821](#))

Die Corona-Maßnahmen haben auch in Sachsen zehntausende Studierende in Existenznot gestürzt. Für sie gibt es bisher keine echten Unterstützungsangebote, sondern nur viel zu geringe Nothilfen und teure Kredite. Ein Großteil des wissenschaftlichen Nachwuchses steht also vor der Wahl, sich zu verschulden oder das Studium abzubrechen. Das kann sich unser Land nicht leisten! Die Coronakrise führt schon jetzt in die Bildungskrise. Die sächsische Staatsregierung unternahm bislang wenig, um die Folgen zu mildern. Die Aufstockung der Härtefall- und Sozialfonds der Studierendenwerke mit 450.000 Euro ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Anstelle von Einzelfallentscheidungen braucht es Lösungen für alle Studierenden in finanzieller Not! Daran hat die Regierungskoalition kein Interesse, denn unsere Forderung nach einem Sozialfonds mit rückzahlungsfreien Zuschüssen zum Lebensunterhalt hat sie abgelehnt. 📄 **»Hochschulen, Studierende und Beschäftigte wirksam vor Auswirkungen und (Langzeit)Folgen der Coronavirus-Pandemie schützen«** ([Drs 7/2149](#))

Außerdem fordern wir umfangreiche und kostenlose freiwillige Testmöglichkeiten an Schulen, Hochschulen und Kindertageseinrichtungen, um auf eventuelle neue Ausbrüche des Virus vorbereitet zu sein und mit gezielten Schließungen betroffener Einrichtungen reagieren zu können. Eine erneute flächendeckende Schließung aller Bildungseinrichtungen kann nur das letzte Mittel sein. 📄 **»Corona-Schutz auch für Kita-Personal – freiwillige Tests anbieten und bezahlen«** ([Drs 7/3167](#))

Unsere parlamentarischen Initiativen zum Thema Bildung und Kita im Überblick:

- *Kleine Anfrage* »Umgang mit der Coronavirus-Pandemie an sächsischen Hochschulen« ([Drs 7/2083](#))
- *Kleine Anfrage* »Finanzielle Unterstützung für die sächsischen Hochschulen zur Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie« ([Drs 7/2221](#))
- *Kleine Anfrage* »Lehre an den sächsischen Hochschulen während der COVID-19-Pandemie« ([Drs 7/2222](#))
- *Kleine Anfrage* »Prüfungen an den sächsischen Hochschulen während der COVID-19-Pandemie« ([Drs 7/2223](#))
- *Kleine Anfrage* »Studienorganisation während der COVID-19-Pandemie« ([Drs 7/2224](#))
- *Kleine Anfrage* »Studium an den sächsischen Hochschulen während der COVID-19-Pandemie« ([Drs 7/2225](#))
- *Kleine Anfrage* »Chancengleichheit und Inklusion an den sächsischen Hochschulen während der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2414](#))
- *Kleine Anfrage* »Fachförderung im Verantwortungsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus in Zeiten der Corona-Pandemie« ([Drs 7/2433](#))
- *Kleine Anfrage* »Lehrerinnen und Lehrer mit einer Risikoerkrankung (im Hinblick auf Corona) können sich mit einem ärztlichen Attest vom Präsenzunterricht befreien lassen.« ([Drs 7/2820](#))
- *Kleine Anfrage* »Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Betreuung von Kindern in Kitas und Schulen« ([Drs 7/2880](#))



Asyl und Migration

Das Coronavirus kennt keine Grenzen und trifft arme Länder und Krisenregionen besonders hart. Wir fordern, unverzüglich ein Landesprogramm zur Aufnahme von bis zu 500 Geflüchteten aus den griechischen Lagern aufzulegen. Die Camps dort sind massiv überfüllt, die hygienischen Zustände katastrophal, eine adäquate Gesundheitsversorgung fehlt. Das Coronavirus könnte sich ungebremst ausbreiten, die dortige medizinische Infrastruktur würde beim Ausbruch sofort zusammenbrechen. Rechtsgutachten haben herausgestellt, dass die Bundesländer in humanitären Notlagen selbst handeln können und der Bund sein Einvernehmen zur Aufnahme schwer verweigern kann. Außerdem fordern wir, alle Abschiebungen weiterhin auszusetzen. 🗉 **»#LeaveNoOneBEhind: Jetzt erst recht -Geflüchtete aus Flüchtlingslagern in Griechenland in Sachsen aufnehmen!«** ([Drs 7/2153](#))

Weitere parlamentarischen Initiativen zum Thema Asyl und Migration:

- *Kleine Anfrage* »Wiederaufnahme von Abschiebungen trotz Corona« ([Drs 7/3181](#))
- *Kleine Anfrage* »Homeschooling für in Sammelunterkünften untergebrachte Geflüchtete während der Covid-19-Pandemie« ([Drs 7/3091](#))



Ausblick: Es geht nur solidarisch!

Die Coronakrise können wir nur solidarisch bewältigen. Wir kämpfen dafür, dass niemand seine Existenzgrundlage oder Wohnung verliert. Wir wollen sicherstellen, dass alle Beschäftigten ihr Auskommen haben und Eltern unterstützt werden. Wir als Fraktion DIE LINKE werden uns dafür einsetzen, dass die Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte schrittweise und vollständig wieder aufgehoben werden. Jede weitere Einschränkung des öffentlichen Lebens muss verhältnismäßig, überprüfbar und auf das Ziel des Gesundheitsschutzes bezogen sein. Es darf keine Entmachtung der Parlamente in Bund, Ländern oder Kommunen geben. Nur so kann dem Eindruck staatlicher Willkür und Verschwörungsmithen der Nährboden entzogen werden.

Gleichzeitig gilt es, auf eventuelle weitere Wellen vorbereitet zu sein. Dazu gehört, dass wir genau hinschauen, wie sich die Staatsregierung auf zukünftige Krisensituationen einstellt. Dies betrifft die Ausstattung des Gesundheitswesens, Pandemiepläne von Schulen und Behörden sowie die übrigen Bereiche der zentralen Vorsorge.

Zusammenhalt ist wichtiger denn je. Wir als die demokratische und soziale Opposition im Sächsischen Landtag schauen genau hin, wir kümmern uns und sind auch weiterhin der Garant für nachhaltige Gerechtigkeit für alle. Zur gerechten Finanzierung der Krisenkosten fordern wir unter anderem eine Vermögensabgabe von fünf Prozent auf alle Vermögen ab zwei Millionen Euro. Wir müssen Reichtum umverteilen und dafür sorgen, dass die Löhne endlich steigen. Nur der Staat schützt vor dem Markt! Wir lassen nicht zu, dass die Folgekosten dieser Krise auf jene umverteilt werden, die am meisten unter ihr leiden.

Es ist nicht das Ziel, den Zustand vor der Coronakrise wiederherzustellen. Wenn wir schon zu Recht viele Milliarden ausgeben, sollten wir das Land damit sozialer und klimafreundlicher machen. Wir sollten stärker regional wirtschaften und öffentliches Eigentum stärken. Wir sollten dafür sorgen, dass endlich alle gemeinsam unser Gesundheitswesen gerecht und solidarisch finanzieren. Und wir sollten nicht zuletzt im Schulwesen unterschiedliche Startbedingungen und Chancen ausgleichen, etwa indem wir Bildung für alle digitalisieren.

In jeder Krise steckt eine Chance, die erkannt und genutzt werden will. Wir alle müssen Solidarität noch bewusster leben als bisher. Gemeinsam können wir diese Krise sicher und nachhaltig bewältigen. Nur gemeinsam halten wir die Infektionszahlen niedrig, indem wir die AHA-Regel (Abstand, Hygiene, Alltagsmaske) weiter umsetzen, solange es nötig ist.

www.linksfraktion-sachsen.de